

**Haushaltssicherungskonzept
der Stadt Wetter (Ruhr)
zur Haushaltssatzung 2019
Fortschreibung
2019 – 2022**

Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 75 Abs. 2 GO NRW muss der Haushalt in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Er ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt. Die vorstehende Verpflichtung gilt als erfüllt, wenn der Fehlbedarf im Ergebnisplan und der Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden können.

Wird bei der Aufstellung der Haushaltssatzung eine Verringerung der allgemeinen Rücklage vorgesehen, bedarf dies der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Genehmigung ist mit der Verpflichtung, ein Haushaltssicherungskonzept nach § 76 GO NRW aufzustellen, zu verbinden, wenn die Voraussetzungen des § 76 Abs. 1 GO NRW vorliegen.

Nach § 76 Abs. 1 GO NRW hat die Gemeinde zur Sicherung ihrer dauerhaften Leistungsfähigkeit ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn bei der Aufstellung des Haushalts

- durch Veränderungen der Haushaltswirtschaft innerhalb eines Haushaltsjahres der in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisende Ansatz der allgemeinen Rücklage um mehr als ein Viertel verringert wird oder
- in zwei aufeinanderfolgenden Haushaltsjahren geplant ist, den in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisenden Ansatz der allgemeinen Rücklage jeweils um mehr als ein Zwanzigstel zu verringern oder
- innerhalb des Zeitraums der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die allgemeine Rücklage aufgebraucht wird.

Nach der Neufassung des § 76 GO NRW soll eine Genehmigung des HSK nur erteilt werden, wenn aus dem HSK hervorgeht, dass spätestens im zehnten auf das Haushaltsjahr folgende Jahr der Haushaltsausgleich nach § 75 Abs. 2 GO NRW wieder erreicht wird. Im Einzelfall kann durch Genehmigung der Bezirksregierung auf der Grundlage eines individuellen Sanierungskonzepts von diesem Konsolidierungszeitraum abgewichen werden. Die Genehmigung des HSK kann unter Bedingungen und Auflagen erteilt werden.

Nach dem Erlass des Innenministeriums vom 06.03.2009 (der im Jahr 2012 aufgehoben wurde) bestand die Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes auch dann, wenn die Verringerung der allgemeinen Rücklage oberhalb der Schwellenwerte im Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung erfolgt, auch wenn im Haushaltsjahr selbst, für das der Haushalt aufgestellt wird, die Voraussetzungen für ein Haushaltssicherungskonzept noch nicht vorliegen, d.h., die Schwellenwerte noch nicht überschritten werden. Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung ist Bestandteil des Haushalts und muss auch bei den Vorschriften zur Haushaltskonsolidierung beachtet werden.

Die Pflicht, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, beginnt ab dem Haushaltsjahr, für das der Haushalt aufgestellt wird. Die Frist für den Zeitpunkt, zu dem der Haushaltsausgleich wieder herzustellen ist, läuft allerdings erst ab dem Haushaltsjahr, in dem ein negatives Jahresergebnis tatsächlich zur Verringerung der allgemeinen Rücklage oberhalb des Schwellenwertes führt.

Die Stadt Wetter (Ruhr) hat im mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplan des Haushaltsplanes 2008 Verringerungen oberhalb der Schwellenwerte in den Haushaltsjahren ab 2010 ausgewiesen. Demzufolge bestand bereits mit der Haushaltsplanung 2008 die Pflicht, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wobei das Jahr, in dem der Haushaltsausgleich wieder hergestellt sein musste, nach Rechtslage bis Ende 2012 das Planungsjahr 2014 war.

Mit der Haushaltsplanung für 2012 wurde der neue Ausgleichszeitraum von 10 Jahren voll ausgeschöpft. Ein Überschuss wird 2022 dargestellt.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs 2019 zeigt sich, dass der angestrebte Ausgleich weiterhin in 2022 und nicht eher darzustellen ist:

- ✓ Durch den Tarifabschluss 2018, der bis Frühjahr 2020 gilt, entstehen Mehraufwendungen für Personal. Ein hoher Mehraufwand entfällt auch auf die Zuführung zu Pensionsrückstellungen für Beschäftigte und die Einstellung zusätzlichen Personals. Auf die Erläuterungen im Vorbericht wird verwiesen.
- ✓ Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sinken gegenüber dem Vorjahr, befinden sich aber durch besondere Bauunterhaltungsmaßnahmen (u. a. im Hallenbad und im Schulbereich) und weiterhin hohe Schülerbeförderungskosten, vor allem im Schülerspezialverkehr, weiterhin auf einem hohen Niveau.
- ✓ Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sind die Aufwendungen insgesamt gestiegen und weiterhin sehr hoch.
- ✓ Die Kreisumlage beträgt für 2019 rd. 19,7 Mio. €, rd. 3,1 Mio. € mehr als im Jahr 2018. Dieser Mehraufwand ist auch der wesentliche Treiber gegenüber der bisherigen, mittelfristigen Ergebnisplanung im aktuellen Haushaltsplan, der ein Plandefizit von 5,1 Mio. € für 2019 ausweist.
- ✓ Die Aufwendungen für Asylbewerber sind mit 1,9 Mio. € geplant. Die Höhe der Erstattungen für diese Leistungen ist mit Risiken behaftet, da sie vom jeweiligen ausländerrechtlichen Status der Asylbewerber abhängt.

Unter Berücksichtigung dieser Faktoren und der geänderten Rechtslage ist das HSK fortgeschrieben und zum Teil überarbeitet worden. Der Haushaltsausgleich wird im Planungsjahr 2022 erreicht. In diesem Jahr weist der Ergebnisplan unter Berücksichtigung der Konsolidierungsmaßnahmen des HSK einen Überschuss von rd. 305 T € aus. Zum 31.12.2022 beträgt der Bestand der allgemeinen Rücklage rd. 13,5 Mio. €, so dass die Stadt Wetter (Ruhr) bis zu diesem Zeitpunkt nicht überschuldet sein wird.

Ursachen für die Fehlbetragsentwicklung

Die Haushaltslage der Stadt Wetter (Ruhr) ist seit Jahrzehnten problematisch. Deutliche Einschnitte traten bereits in den 1980-er Jahren auf. Seit 1990 stellen sich die Ist-Abschlüsse wie folgt dar:

Ist-Abschluss (= Ein- und Auszahlungen) des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes (in Tsd. €):

	Verwaltungshaushalt			Vermögenshaushalt		
	Ist-Einnahmen	Ist-Ausgaben	Differenz	Ist-Einnahmen	Ist-Ausgaben	Differenz
1990	40.543	40.684	-141	14.476	12.965	1.511
1991	40.446	40.643	-197	11.722	11.943	-221
1992	46.528	46.761	-233	7.751	7.425	326
1993	52.624	52.419	205	9.788	10.179	-391
1994	49.002	49.237	-235	10.611	12.008	-1.397
1995	51.305	52.031	-726	11.649	12.469	-820
1996	52.386	53.570	-1.184	8.410	9.892	-1.482
1997	46.479	51.655	-5.175	7.397	8.165	-768
1998	44.289	51.237	-6.948	8.479	7.676	803
1999	63.941	64.441	-501	8.687	9.540	-853
2000	47.230	48.875	-1.645	14.667	14.266	402
2001	45.177	51.679	-6.503	12.394	11.857	537
Summe			-23.283			-2.354

Fehlbeträge wurden unter Berücksichtigung von Haushaltsausgaberesten (= zu übertragende Ermächtigungen) und Kasseneinnahmeresten (= Forderungen) vielfach ausgeglichen (auch wenn diese Vorgänge in den Abschlüssen nicht mit Zahlungen verbunden waren), im Vermögenshaushalt zusätzlich durch Haushaltseinnahmereste (= nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigungen).

Aus der obigen Tabelle ist zu erkennen, dass die Verwaltungshaushalte Ende 2001 ein kumuliertes Defizit von 23,3 Mio. € und die Vermögenshaushalte von 2,4 Mio. € verzeichneten. Seit 1997 wird ein Kassenkreditbestand in den Jahresrechnungen ausgewiesen (1.1.1998: 8 Mio. DM).

Seit dem Jahr 2003 befand sich die Stadt Wetter (Ruhr) ununterbrochen in der Haushaltssicherung. Nach § 75 Abs. 4 GO a. F. musste der jahresbezogene Haushaltsausgleich (ohne Abdeckung von Fehlbeträgen und ohne atypische Veranschlagungen wie z. B. Rückzuführungen gemäß § 22 Abs. 3 GemHVO a.F.) damit spätestens im vierten auf das Haushaltsjahr folgende Jahr (also 2007) erreicht werden.

Während die Haushaltssicherungskonzepte bzw. Fortschreibungen 2003 bis 2006 jeweils von der Aufsichtsbehörde genehmigt wurden, wurde die Genehmigung der Fortschreibung 2007 versagt, weil die Stadt den originären Ausgleich nur durch sog. atypische Veranschlagungen (Einsatz von Vermögenserlösen, die aus dem Vermögenshaushalt zugeführt wurden) erzielte.

Ursächlich für die Fehlbetragsentwicklung war hauptsächlich die seit Jahren rückläufige und deutlich schwankende Einnahmesituation, die wiederum ihren Ursprung in der bekannten wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Lage hatte. Außerdem tragen die Städte einen beträchtlichen Anteil an den einheitsbedingten Lasten, sei es durch Verminderung der Schlüsselzuweisungsmasse oder durch einen Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage.

Ferner haben die Ausgaben im Bereich der öffentlichen Jugendhilfe seit Jahren deutlich zugenommen. Der Anteil der Transferaufwendungen (insb. soziale Leistungen, Kreisumlage, Gewerbesteuerumlagen) an den ordentlichen Aufwendungen liegt in der Planung 2019 bei 53,0 % und im Jahr 2022 bei 53,1%. Zum Vergleich betrug der Anteil der laufenden Zuweisungen/Zuschüsse, der Kreis- und Gewerbesteuerumlagen im Jahr 2002 (dem letzten Jahr ohne Haushaltssicherungskonzept) an den Ausgaben des Verwaltungshaushaltes rd. 37 %.

Die Umstellung auf das NKF hat die Situation für die Kommunen nicht verbessert. Da im NKF erstmals auch der Werteverzehr des Anlagevermögens in Form von Abschreibungen im Ergebnisplan abzubilden ist und die Höhe dieser Abschreibungen im Regelfall die frühere Pflichtzuführung an den Vermögenshaushalt um Einiges übertrifft, haben sich die Rahmenbedingungen deutlich verschlechtert.

Umsetzung des zuletzt genehmigten HSK

Das gegenwärtige HSK ist in vielen Bereichen umgesetzt worden (Übersicht s. Anlage). Die Fortschreibung des HSK verdeutlicht, dass größere Konsolidierungsbemühungen erforderlich sind, wofür aber vielfach politische Beschlüsse benötigt werden.

Folgende Konsolidierungsmaßnahmen wurden in die Fortschreibung des HSK nicht mehr bzw. neu oder verändert aufgenommen:

Nrn. 4-5: Zentrale Dienste

Bedingt durch vermehrte Aufgaben insbesondere im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik (z. B. E-Akte, Dokumentenmanagementsystem, IT-Sicherheit) haben sich die Stellen im Bereich der zentralen Dienste insgesamt erhöht. Die Maßnahmen 8 und 9 bleiben weiterhin umgesetzt.

Nr. 16: Finanzen

Die beabsichtigte Einsparung einer Stelle kann durch neue bzw. veränderte Aufgaben (u. a. Vertragsmanagement, Sachbearbeitung im Rahmen des § 2b UStG) nicht erfolgen.

Nrn. 39-40: Kinderspielplätze

Es ist beschlossen worden, das Investitionsvolumen in die Kinderspielplätze deutlich zu erhöhen. Dagegen sollen nicht benötigte Spielplätze aufgegeben werden. Die investiven Auszahlungen steigen ebenso wie die Abschreibungen (Ansätze aktualisiert) und die Unterhaltungsaufwendungen (bis 2018).

Nr. 41: Stadien/Sportplätze

Die vor Jahren beschlossene HSK-Maßnahme ist nicht in vollem Umfang haushaltswirksam umgesetzt worden. Es sind Mehraufwendungen für die Unterhaltung veranschlagt, die allerdings ab 2019 geringer ausfallen als ursprünglich geplant.

Nr. 43: Hallenbad

Die Verringerung der Öffnungszeiten hatte -isoliert betrachtet- zu Personaleinsparungen geführt. Insgesamt steigen diese aber, da ein Bäderbetriebsleiter eingestellt wird und sich die Sicherheitsanforderungen an Bäder erhöht haben.

Nr. 50: Straßenunterhaltung

Die vor Jahren auch von der GPA vorgeschlagene Kürzung des Ansatzes für Straßenunterhaltung muss aufgrund der Erkenntnisse der Folgeinventur zurückgenommen werden. Die Unterhaltungsaufwendungen müssen erhöht werden, um die Straßenzustände beizubehalten bzw. im Wert zuzuschreiben.

Nr. 58: Gewinnabführung Stadtbetrieb

Die Gewinnabführung des Stadtbetriebes wird ab 2019 auf 1,9 Mio. € (+300 T €) erhöht. Dennoch wird sich die Eigenkapitalsituation des Betriebes weiterhin verbessern.

Prüfpunkte des Handlungsrahmens des MIK NRW zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten (Ausführungserlass vom 7.3.2013)

1. Orientierungsdaten 2019 - 2022

Die Orientierungsdaten werden beachtet. Im Bereich der Steuern werden die Orientierungsdaten ausgeschöpft, lediglich bei der Gewerbesteuer nicht (vgl. Vorbericht). Die Hebesätze der Grundsteuer B werden ab 2016 jährlich erhöht, wobei der Rat die Erhöhungen für 2017 und 2019 ausgesetzt hat. Hebesatzerhöhungen bei der Gewerbesteuer erfolgen um jeweils 5 %-Punkte in den Jahren 2020 und 2021. Bei der Einkommen- und Umsatzsteuerbeteiligung erfolgt die Veranschlagung der Ansätze 2019-2022 auf Basis der Prognose 2018.

Schlüsselzuweisungen wird die Stadt Wetter (Ruhr) während des gesamten Zeitraums spätestens seit der strukturellen Veränderung des GFG nicht erhalten.

Die Orientierungsdaten sehen für Personalaufwendungen für 2019 eine Erhöhung um 3 %, für 2020–2022 eine Steigerung von 1 % vor. Die Orientierungsdaten werden im Planungszeitraum insgesamt noch unterschritten, insbesondere aufgrund von Personalabgängen.

Wegen der Veranschlagung von besonderen Unterhaltungsmaßnahmen schwanken diese Aufwendungen bei den Sach- und Dienstleistungen stark und liegen oberhalb und unterhalb der Orientierungsdaten. Im Planungszeitraum werden die Orientierungsdaten ggü. der Vorgabe deutlich unterschritten.

Ähnliches gilt für Transferaufwendungen.

2. Die Personalaufwendungen/-auszahlungen steigen gegenüber 2018 deutlich. Auf den Vorbericht und die dortigen Erläuterungen wird verwiesen.
3. Im Planungszeitraum halten sich die Personalaufwendungen auf einem stabilen Niveau. In jedem Einzelfall wurde und wird geprüft, ob auf die Wiederbesetzung ganz oder teilweise verzichtet oder die Stelle abgewertet und entsprechend besetzt werden kann oder hausinterne Umsetzungen möglich sind oder unter Wirtschaftlichkeitsabwägungen Aufgaben privatisiert oder durch interkommunale Kooperation erledigt werden können.

Bereitschaftsdienste sind auf das notwendige Maß beschränkt. Der seit Jahre hohe Überstundenanteil (schwankend zwischen 5.000-7.000 Stunden, rechnerisch somit 3-4 Vollzeitstellen) soll perspektivisch reduziert werden, wobei dies bei tendenziell sinkendem Personalbestand nur eingeschränkt möglich ist.

Der Bereich Druckerei/Schnellervielfältigung ist deutlich reduziert worden und soll perspektivisch geschlossen werden. Die Gebäudereinigung wird teilweise von Privaten durchgeführt; sofern eigenes Personal eingestellt wird, werden ausschließlich

Zeitverträge geschlossen. Ein Konzept zu Reinigungsoptimierung ist in Referenzobjekten umgesetzt worden. Die daraus gewonnen Erkenntnisse werden sukzessive auf andere Objekte umgesetzt und sind im Haushaltssicherungskonzept verarbeitet. In der Vergangenheit haben Übertragungen von städtischen Einrichtungen an Dritte mit dem Ziel der (Personal-)kostenreduzierung stattgefunden (vgl. vorherige Berichte).

Die Beihilfesachbearbeitung erfolgt seit dem 1.5.2016 extern.

Im HSK sind mehrere weitere Einsparungen im Personalbereich, z. T. mit Teilkompensationen, vorgesehen und überwiegend umgesetzt worden. Die vollständige Umsetzung kann nur gelingen, wenn interne Lösungen, z. T. über Personalentwicklungsmaßnahmen, möglich sind. Kritisch sind hier aber Fallzahlentwicklungen (z. B. im Bürgerbüro, bei der Wohngeldsachbearbeitung oder in der Jugendhilfe) zu nennen, die einem Personalabbau entgegenstehen können.

4. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen entwickeln sich im Planungszeitraum rückläufig. Ausnahmen bilden die Aufwendungen für Gebäudeunterhaltung und die Aufwendungen für Leistungen des Stadtbetriebes. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass neben deutlichen Preiseffekten, die als Risiko benannt werden können, auch der Immobilien- und Infrastrukturbestand nicht kurzfristig geändert werden kann. Unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung müssen hier Beschlüsse gefasst werden, welche Infrastruktur für die Stadt Wetter (Ruhr) langfristig erforderlich ist. Hier ist auch ein Zusammenhang mit der Höhe der (zukünftigen) bilanziellen Abschreibungen oder weiteren Folgeaufwendungen (z. B. Straßenunterhaltung, -reinigung oder Grünflächenpflege) zu erkennen. Die Aufwendungen für Schülerbeförderung sinken zunächst aufgrund des Ausschreibungsergebnisses und steigen später, insbesondere, wegen zusätzlich zu übernehmender Schülertransporte (z. B. bei der GS Volmarstein und bei der Sekundarschule, hier u. a. für Kooperationen mit Firmen), Zunahme der Schülerzahlen und der Teilnahme am „Sportkarussell“.
5. Die Transferaufwendungen sind eingeschränkt zu beeinflussen. Auf die Höhe der Kreisumlage kann allenfalls mittelbar eingewirkt werden. Es muss deutlich werden, dass die Kreistagsmitglieder nicht nur über den (ausgeglichenen) Haushalt des Kreises entscheiden, sondern auch über mögliche Mehrbelastungen der kreisangehörigen Städte, sofern zusätzliche Leistungen übernommen werden sollten.

Die Aufwendungen für Asylbewerber sind gegenüber 2018 annähernd konstant geblieben.

Die Aufwendungen für die Jugendhilfe sind in den letzten Jahren gestiegen und befinden sich insgesamt auf einem hohen Niveau; gleiches gilt für die Falldichte. Seitens des Fachpersonals ist festzustellen, dass die Zahl von „Multiproblemfamilien“ in den letzten Jahren zugenommen hat und der Zeitaufwand pro Fall steigt. Durch ein Konzept zur Frühprävention sollen (später) kostenintensive Fälle vermieden werden. Aufgrund von steigenden Fallzahlen bei den Hilfen zur Erziehung kommt es aber nicht zu Einsparungen. Im HSK ist darüber hinaus die schrittweise Reduktion der freiwilligen Zuschüsse bei den Tageseinrichtungen für Kinder vorgesehen. Darüber hinaus führt die beschlossene Fortschreibung des Kinder- und Jugendförderplans nicht zu Einsparungen.

Die Gewerbesteuerumlage ist nicht zu beeinflussen. Die Veranschlagung der erhöhten Gewerbesteuerumlage erfolgt bis einschließlich 2019.

6. Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen bewegen sich im Konsolidierungszeitraum auf gleichbleibendem Niveau und werden restriktiv bewirtschaftet.

7. Die Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen sinken gegenüber 2018 und sinken zunächst bis 2021, danach steigen sie wieder an. Obwohl ab dem Jahr 2021 ein Finanzmittelüberschuss ausgewiesen wird, können die Zinsaufwendungen nicht reduziert werden, da die Zinssätze steigen und dieser Effekt aufgrund der Finanzierung des Liquiditätskreditbestandes überwiegt.
8. Der Ertragsbereich soll auch weiterhin optimiert werden. Weitere Hebesatzerhöhungen sind bei der Grundsteuer B (ab 2020) und der Gewerbesteuer (ab 2021) vorgesehen, ebenso hat sich der %-Wert der Vergnügungsteuer ab dem 1.1.2017 wiederholt erhöht.

Die Finanzerträge werden von der Gewinnabführung durch den Stadtbetrieb in Höhe von 1,9 Mio. € geprägt. Hier wird im Interesse der Konsolidierung des „Gesamtkonzerns Stadt“ eine weitere dauerhafte Anhebung um 300 T € vorgeschlagen. Zusätzlich ist die Gewinnabführung der Sparkasse ab 2017 in Höhe von 75 T €, ab 2018 in Höhe von 150 T € veranschlagt.

9. Die Pflichtaufgaben werden fortdauernd auf Einsparungsmöglichkeiten geprüft. Kooperationen bestehen seit Jahren in den Bereichen Rettungsdienst, Rechnungsprüfung, Softwarebeschaffung oder Softwareunterstützung.
10. Die freiwilligen Leistungen stehen besonders im Fokus des HSK. Im kulturellen Bereich wurden Veranstaltungen aus Wirtschaftlichkeitsgründen vor einigen Jahren aufgegeben (Park-Festival) oder sollen reduziert bzw. ausgelagert werden. Private Dritte erhalten vereinbarte Pauschalzuschüsse (z.B. Freibad, Stadtsaal, Elbschehalle). Auf vergangene Berichte wird verwiesen. Die Liste der freiwilligen Leistungen ist als Anlage beigefügt, ebenso die Pflichtaufgaben mit Gestaltungsspielraum.
11. Die Höhe der Ermächtigungsübertragungen gemäß § 22 GemHVO fiel 2018 im Vergleich zum Vorjahr relativ gering aus, sowohl im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit als auch bei den Investitionen. Mit Blick auf die nur einmalige Übertragung einer nicht ausgeschöpften Kreditermächtigung nach § 86 GO sind ab dem Jahresabschluss 2017 sämtliche Aufwendungen und Auszahlungen nur einmal übertragbar. Im Beratungsverfahren zum Haushalt wird die Abwicklung der Ermächtigungsübertragungen und der laufenden Maßnahmen, insbesondere im Baubereich, geprüft; im Zweifel erfolgen Neuveranschlagungen über die Änderungslisten, damit die Ermächtigungsübertragungen deutlich verringert werden können.
12. Deckungsreserven für über- und außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen sind nicht vorgesehen. Sofern notwendig, werden diese vorrangig durch Einsparungen an anderen Stellen finanziert.
13. Durch die veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen haben Vermögensveräußerungen vielfach keine Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt, aber auf die Bilanz und die Liquidität. Vermögensveräußerungen sind im Wesentlichen bei den unbebauten Grundstücken vorgesehen. In Vorjahren wurden nicht mehr benötigte Gebäude veräußert. Im Planungszeitraum bis 2022 werden weitere Veräußerungen erfolgen. Die Reduktion von Kinderspielplätzen erfolgt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und mit dem Ziel, ein qualitativ gutes Angebot bei konstanter Haushaltsbelastung bereitzustellen. Abschließende Effekte sind noch nicht ermittelt, so dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur die schrittweise Reduzierung des Pflegeaufwandes ab 2020 dargestellt werden; das Investitionsvolumen ist gegenüber dem Haushaltsentwurf deutlich erhöht worden, um ein zukunftsorientiertes Spielplatzkonzept zu ermöglichen, ebenso die Unterhaltungsaufwendungen bis 2018. Insgesamt werden, auch unter dem Unterhaltungs- und Bewirtschaftungsaspekt, Vermögensveräußerungen einzelfallbezogen geprüft. Im Spielplatzbereich gilt allerdings die Besonderheit, dass 80 % des Nettoverkaufserlöses einer aufgegebenen

Spielplatzfläche zur Investition in die Kinderspielplätze vorgesehen ist (vgl. Produkt 06.02.03).

14. Das Forderungsmanagement ist dahingehend optimiert worden, dass neben einem externen Verwaltungshelfer zwei Stellen im Vollziehungsbereich besetzt sind. Die Einstellung eines dritten Vollziehungsbeamten ist erfolgt, allerdings ist ein Vollziehungsbeamter aufgrund eines Personalabgangs in der Zahlungsabwicklung anteilig mit anderweitigen Tätigkeiten beschäftigt. Der „Erfolg“ lässt sich dran ablesen, dass regelmäßig der bei den Zielen und Kennzahlen ermittelte Aufwandsdeckungsgrad bei deutlich über 100 % liegt.

Haushaltssicherungskonzept 2018 - 2022

Ifd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Maßnahme	Saldoreduktion Ergebnisplan											
				2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	
28	02.03.01	Einwohnerangelegenheiten	Schließung Bürgerbüro Wengern: Sachaufwendungen	1.810	1.810	1.810	1.810	1.810	1.810	1.810	1.810	1.810	1.810	1.810	
29	04.01.01	Kulturförderung	Reduktion der Kulturförderung	7.620	-17.380	-17.380	-17.380	-17.380	-17.380	-17.380	-37.255	-37.255	-17.380	22.495	22.495
30	04.02.01	Kommunale Veranstaltungen	Neuorganisation Veranstaltungen	14.350	14.350	14.350	14.350	14.350	14.350	16.931	16.931	16.931	16.931	16.931	16.931
31	04.03.01	Volkshochschule	Reduktion des Zuschussbedarfes (GPA Fi - 39/40)	7.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
32	04.03.02	Musikschule	Reduktion des Zuschussbedarfes (GPA Fi - 37)	15.000	20.000	-15.011	-15.436	-12.092	13.410	6.013	-2.895	-4.026	-10.808	29.572	
33	04.03.03	Medien und Information	weitere Reduktion des Ansatzes für Bücher etc.	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
34	04.03.03	Medien und Information	Reduzierung der Öffnungszeiten um 4 Wochenstunden; Einsparung Personalaufwand					0	2.306	0	0	0	0	0	0
35	04.03.04	Archiv	weitere Reduktion des Ansatzes für Veröffentlichungen	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
36	05.01.01	Unterstützung von Senioren	Reduktion Aufwendungen für Geselligkeit und Unterhaltung	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
37	06.01.01	Tageseinrichtungen für Kinder	Reduzierung freiwillige Zuschüsse	0	40.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000	80.000
38	06.02.02	Kinder- und Jugendarbeit außerh. v. Einrichtungen	Reduktion der Aufwendungen für Veranstaltungen und Ferienmaßnahmen auf den Stand 2006	2.700	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
39	06.02.03	Spielplätze	Bestand: 40 Spielplätze; Reduktion von Spielplätzen, Einsparung Unterhaltungsaufwand	10.000	10.000	0	-36.700	-10.000	-65.000	-65.000	-16.700	-8.000	3.000	3.000	
40	06.02.03	Spielplätze	Reduktion Neuanlage und Umgestaltung von Spielplätzen Abschreibungen ab 1.7., ND=10 J.	9.000	11.000	13.000	15.000	17.000	10.550	-17.898	-36.411	-59.992	-70.992	-70.992	
41	08.02.01	Stadien/Sportplätze	Bestand: 7 Sportplätze; Schließung von zwei Plätzen, Einsparung Unterhaltung geschätzt	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	-31.000	-18.000	-18.000	-18.000	
42	08.02.01	Stadien/Sportplätze	Einsparung Sportplatzpflege durch ehrenamtliches Engagement, geschätzt	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	0	0	0	0	0	
43	08.03.02	Hallenbad	Reduktion der Öffnungszeiten; Einsparung Personalaufwendungen	11.524	11.605	11.686	11.768	20.850	21.059	21.270	21.482	21.697	21.914	22.133	
44	08.03.02	Hallenbad	Mehrerträge durch Innenwerbung	12.500	0	0	4.202	4.202	4.202	4.202	0	0	0	0	0
45	08.03.03	Lehrschwimmbecken	Schließung eines Lehrschwimmbeckens; Einsparung Sach- und Dienstleistungen 50 % der Ifd. Aufwendungen	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	
46	09.01.02	Verbindliche Bauleitplanung, Satzungen	Reduktion des Ansatzes für Aufwendungen Sach- und Dienstleistungen	2.500	4.000	4.000	4.000	4.000	7.500	7.500	7.500	7.500	7.500	7.500	
47	10.03.01	Wohnungsbauförderung	tlw. Verzicht auf Produkt, Einsparung Personalaufwendungen	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890	5.890	
48	10.05.01	Verwaltung und Betrieb von Unterkünften und Einrichtungen für Wohnungslose etc.	Optimierung der Unterbringung: - Gebührenerhöhung? - Verzicht Haus Hove	0	11.000	11.000	57.000	117.000	0	0	0	0	0	0	
49	12.01.01	Straßen, Wege, Plätze einschließlich Verkehrsanlagen	Einsparung Straßenbeleuchtung (GPA In - 26)	46.000	37.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
50	12.01.01	Straßen, Wege, Plätze einschließlich Verkehrsanlagen	Reduzierung Leistungsstandard bei der Straßenunterhaltung um ca. 100 € pro 1.000 m² Verkehrsfläche (vgl. GPA In-13)	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0	0	0	0	
51	12.03.01	Straßenreinigung	Reduzierung Straßenreinigung (Abbau von Standards) nach Vorlage eines Leistungsminderungskonzepts, zunächst Pauschalkürzung					20.000	20.400	0	0	0	0	0	

Haushaltssicherungskonzept 2018 - 2022

Ifd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Maßnahme	Saldoreduktion Ergebnisplan										
				2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
52	13.01.01	Öffentliches Grün	Reduzierung Grünflächenpflege (Abbau von Standards) nach Vorlage Leistungsminderungskonzepts, zunächst Pauschalkürzung					35.000	35.700	0	0	0	0	0
53	13.01.02	Natur und Landschaft	Teilweise Übertragung d. Pflege der Ausgleichsmaßnahmen auf private Grundstückseigentümer gegen Nutzung, z. B. als Spielfläche, ca. 20 % vom Ansatz	5.100	5.100	1.100	1.100	1.100	1.100	1.100	1.100	1.100	1.100	1.100
54	14.01.02	Besondere Dienstleistungen im Umweltmanagement, lokale Agenda	Redukt. Sachaufw. Umweltmarkt	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	150	150	150	150	150	150
55	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Einführung Zweitwohnungssteuer	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
56	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Anhebung Hebesatz Gewerbesteuer 2012: von 450 v.H. auf 485 v.H. 2014: auf 490 v.H. ; 2020: auf 495 v. H.; 2021: auf 500 v.H.	1.095.897	1.176.289	1.389.571	1.265.306	1.367.714	1.224.490	1.265.306	1.428.571	1.631.006	1.838.961	1.866.545
57	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Erhöhung Grundsteuer B 2012: von 435 v.H. auf 460 v.H.; 2014: auf 490 v.H.; 2016: auf 500 v.H.; 2017: auf 500 v.H.; 2018: auf 540 v.H.; 2020: auf 590 v.H.; 2021: auf 615 v.H.; 2022: auf 645 v.H.	250.055	256.056	572.842	550.000	661.466	683.355	1.074.150	1.054.947	1.651.032	1.929.854	2.268.215
58	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Erhöhung Gewinnabführung Stadtbetrieb	660.000	700.000	808.370	1.008.370	1.008.370	1.008.370	1.008.370	1.308.370	1.308.370	1.308.370	1.308.370
59	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Gewinnabführung Sparkasse						75.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000
60	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Erhöhung Vergnügungssteuer auf 12 % der Bemessungsgrundlage (von 10 %), ab 7/2015 von 12% auf 15 % und ab 1.1.2017 auf 18%	16.400	16.400	16.400	24.950	33.500	56.000	56.000	56.000	56.000	56.000	56.000
61	versch.		organisatorische Maßnahmen Verwaltung								72.758	73.486	74.221	74.963
62	versch.		Teilkompensation durch Sachbearbeiterstelle								-30.000	-30.300	-30.603	-30.909
63	versch.		weitere Einsparung Grünflächenpflege nach interkomm. Vergleich								0	0	0	0
64	versch.	Flächenmanagement Gebäudebereich	Optimierung (GPA Bericht Gw 52/53)		33.800	33.800	33.800	33.800	33.800	33.800	116.663	116.663	116.663	116.663
Summe				2.652.484	2.794.905	3.311.021	3.418.501	3.793.375	3.737.234	4.160.253	4.574.100	5.370.353	5.889.834	6.298.293

Haushaltssicherungskonzept 2018 - 2022

lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Maßnahme	Saldoreduktion Finanzplan										
				2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
1	01.01.01	Rat, Ausschüsse etc.	Verkleinerung des Rates, max. Einsparung mit 8 Überhangmandaten	12.890	12.890	12.890	12.890	12.890	12.890	12.890	12.890	12.890	12.890	12.890
2	01.01.03	Verwaltungsführung	Reduktion Repräsentationskosten, Ehrengaben etc.	1.400	1.400	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
3	01.01.04	Gleichstellung von Mann und Frau	Reduktion Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300
4	01.03.XX	Zentrale Dienste	Stellenreduktion im FD 4/5 (Ruhestand)	0	71.760	72.478	73.203	73.935	74.674	0	0	0	0	0
5	01.03.XX	Zentrale Dienste	Mehraufwendungen durch Teilkompensation Stellenwegfall (geschätzt)	0	-42.520	-42.945	-43.374	-43.808	-44.246	0	0	0	0	0
6	01.03.02	Informations- u. Kommunikationstechnik	Mehrerträge durch interkommunale Zusammenarbeit (Zeiterfassungssoftw.)	3.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7	01.03.03	sonstige zentrale Dienste	Digitaler Sitzungsdienst; Einsparung Materialaufwand geschätzt					7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
8	01.03.03	sonstige zentrale Dienste	Wegfall Druckerei; nur Personalaufwand						65.733	55.161	33.328	33.661	33.998	34.338
9	01.03.03	sonstige zentrale Dienste	Reduzierung Kurierdienst/Poststelle				26.000	26.260	26.523	26.788	27.056	27.326	27.600	27.876
10	01.05.01	Personalmanagement	Auslagerung Beihilfesachbearbeitung; Einsparung Personalaufwand									13.397	13.531	13.667
11	01.05.01	Personalmanagement	Sachaufwand Beihilfe durch Fremdvergabe geschätzt							-7.500	-7.500	-9.100	-9.100	-9.100
12	01.05.01	Personalmanagement	tlw. Personalsachbearbeitung für Stadt Gevelsberg	40.000	40.000	40.000	0	0	0	0	0	0	0	0
13	01.05.01	Personalmanagement	Einführung eines Gesundheitsmanagements zur Reduzierung des Krankenstandes; Mehraufwendungen	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-3.000	-1.000	-1.500	-1.500	-1.500
14	01.06.01	Finanzmanagement u. Rechnungswesen	Einsparung von Stellenanteilen im FD 4/5-Verzicht auf Wiederbesetzung									0	0	0
15	01.06.01	Finanzmanagement u. Rechnungswesen	Einsparung einer Stelle im FD 1/2									0	0	0
16	01.06.XX	Finanzmanagement u. Rechnungswesen	Einsparung einer Stelle im FD 1/2 (u. a. GPA Pe - 29)	0	0	41.070	41.357	0	0	0	0	0	0	0
17	01.06.03	Vollstreckung	Optimierung des Forderungsmanagements durch externen Verwaltungshelfer, gesch.	5.000	6.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
18	01.08.03	Mehrzweckgebäude	Reduktion der Unterhaltungspauschale an Verein	6.300	5.300	5.300	5.300	4.300	3.250	3.250	3.250	3.250	3.250	3.250
19	01.08.03	Mehrzweckgebäude	Erhöhung Benutzungsgebühren Bürgerhaus				360	367	375	382	400	400	405	414
20	01.08.04	Gebäudemanagement	Einsparung einer Stelle im FB 4; Umorganisation im Fachbereich(GPA Pe - 36)	0	0	66.000	66.462	66.927	67.597	68.272	68.955	69.645	70.341	71.045
21	01.08.04	Gebäudemanagement	Einsparung einer Hausmeisterstelle	45.248	45.700	46.020	46.342	46.666	105.000	106.050	107.111	108.182	109.263	110.356
22	01.08.04	Gebäudemanagement/verschiedene Produkte	Energieeinsparung, z. T. über Einbindung von Nutzern; (GPA Gw - 26)	100.000	51.155	-191.953	-165.314	-134.944	-123.134	-96.459	-81.620	-104.154	-107.719	-108.796
23	01.08.04	Gebäudemanagement/verschiedene Produkte	Optimierung der Gebäudereinigung (GPA Gw - 32/35); Sachaufwand	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	80.119	80.119	80.119	80.119	80.119	80.119
24	01.08.04	Gebäudemanagement/verschiedene Produkte	Kündigung Contractingverträge			28.662	40.362	39.912	40.012	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
25	01.08.04	Gebäudemanagement/verschiedene Produkte	Optimierung der Gebäudereinigung Personalaufwendungen	0	0	26.771	31.582	31.989	32.402	42.823	53.250	63.685	74.127	84.577
26	02.03.01	Einwohnerangelegenheiten	Schließung Bürgerbüro Wengern: Personalaufwendungen geschätzt	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
27	02.03.01	Einwohnerangelegenheiten	Schließung Bürgerbüro Wengern: Sachaufwendungen	1.810	1.810	1.810	1.810	1.810	1.810	1.810	1.810	1.810	1.810	1.810
28	04.01.01	Kulturförderung	Reduktion der Kulturförderung	7.620	-17.380	-17.380	-17.380	-17.380	-17.380	-37.255	-37.255	-17.380	22.495	22.495
29	04.02.01	Kommunale Veranstaltungen	Neuorganisation Veranstaltungen	14.350	14.350	14.350	14.350	14.350	14.350	16.931	16.931	16.931	16.931	16.931

Haushaltssicherungskonzept 2018 - 2022

lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Maßnahme	Saldoreduktion Finanzplan										
				2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
53	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Einführung Zweitwohnungssteuer	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
54	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Anhebung Hebesatz Gewerbesteuer 2012: von 450 v.H. auf 485 v.H. 2014: auf 490 v.H.; 2020: auf 495 v. H.; 2021: auf 500 v.H.	1.095.897	1.176.289	1.389.571	1.265.306	1.367.714	1.224.490	1.265.306	1.428.571	1.631.006	1.838.961	1.866.545
55	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Erhöhung Grundsteuer B 2012: von 435 v.H. auf 460 v.H.; 2014: auf 490 v.H.; 2016: auf 500 v.H.; 2017: auf 500 v.H.; 2018: auf 540 v.H.; 2020: auf 590 v.H.; 2021: auf 615 v.H.; 2022: auf 645 v.H.	250.055	256.056	572.842	550.000	661.466	683.355	1.074.150	1.054.947	1.651.032	1.929.854	2.268.215
56	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Erhöhung Gewinnabführung Stadtbetrieb	660.000	700.000	808.370	1.008.370	1.008.370	1.008.370	1.008.370	1.308.370	1.308.370	1.308.370	1.308.370
57	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Gewinnabführung Sparkasse						75.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000
58	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Erhöhung Vergnügungssteuer auf 12 % der Bemessungsgrundlage (von 10 %), ab 7/2015 von 12% auf 15 % und ab 1.1.2017 auf 18%	16.400	16.400	16.400	24.950	33.500	56.000	56.000	56.000	56.000	56.000	56.000
59	versch.		organisatorische Maßnahmen Verwaltung								72.758	73.486	74.221	74.963
60	versch.		Teilkompensation durch Sachbearbeiterstelle								-40.000	-40.400	-40.804	-41.212
61	versch.		weitere Einsparung Grünflächenpflege nach interkomm. Vergleich								0	0	0	0
62	versch.	Flächenmanagement Gebäudebereich	Optimierung (GPA Bericht Gw 52/53)		33.800	33.800	33.800	33.800	33.800	33.800	116.663	116.663	116.663	116.663
			Summe	2.628.484	2.768.905	3.283.021	3.389.299	3.762.173	3.744.884	4.205.974	4.638.762	5.468.930	6.009.752	6.428.559

Umsetzung HSK 2018 - 2022

lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Maßnahme	2018	Bemerkungen
1	01.01.01	Rat, Ausschüsse etc.	Verkleinerung des Rates, max. Einsparung mit 8 Überhangmandaten	12.890	umgesetzt
2	01.01.03	Verwaltungsführung	Reduktion Repräsentationskosten, Ehrengaben etc.	2.000	umgesetzt
3	01.01.04	Gleichstellung von Mann und Frau	Reduktion Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen	300	umgesetzt
4	01.03.XX	Zentrale Dienste	Stellenreduktion im FD 1/1 (Ruhestand)	0	umgesetzt
5	01.03.XX	Zentrale Dienste	Mehraufwendungen durch Teilkompensation Stellenwegfall (geschätzt)	0	umgesetzt
6	01.03.02	Informations- u. Kommunikationstechnik	Mehrerträge durch interkommunale Zusammenarbeit (Zeiterfassungssoftw.)	0	nicht umgesetzt
7	01.03.03	sonstige zentrale Dienste	Digitaler Sitzungsdienst; Einsparung Materialaufwand geschätzt	7.000	Umsetzung läuft
8	01.03.03	sonstige zentrale Dienste	Wegfall Druckerei; nur Personalaufwand	55.161	umgesetzt
9	01.03.03	sonstige zentrale Dienste	Reduzierung Kurierdienst/Poststelle	26.788	umgesetzt
10	01.05.01	Personalmanagement	Auslagerung Beihilfesachbearbeitung; Einsparung Personalaufwand	0	umgesetzt ab 1.5.2016
11	01.05.01	Personalmanagement	Sachaufwand Beihilfe durch Fremdvergabe geschätzt	-7.500	umgesetzt ab 1.5.2016
12	01.05.01	Personalmanagement	tlw. Personalsachbearbeitung für Stadt Gevelsberg	0	war umgesetzt, Zusammenarbeit wurde beendet
13	01.05.01	Personalmanagement	Einführung eines Gesundheitsmanagements zur Reduzierung des Krankenstandes; Mehraufwendungen	-3.000	umgesetzt
14	01.05.01	Personalmanagement	Einführung eines Gesundheitsmanagements Reduzierung von Überstunden, geschätzt	15.000	nicht umgesetzt
15	01.06.03	Vollstreckung	Optimierung des Forderungsmanagements durch externen Verwaltungshelfer, gesch.	7.000	umgesetzt
16	01.08.03	Mehrzweckgebäude	Reduktion der Unterhaltungspauschale an Verein	3.250	umgesetzt
17	01.08.03	Mehrzweckgebäude	Erhöhung Benutzungsgebühren Bürgerhaus	382	nicht umgesetzt
18	01.08.04	Gebäudemanagement	Einsparung einer Stelle im FB 4; Umorganisation im Fachbereich(GPA Pe - 36)	68.272	umgesetzt

Umsetzung HSK 2018 - 2022

lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Maßnahme	2018	Bemerkungen
19	01.08.04	Gebäudemanagement	Einsparung einer Hausmeisterstelle	106.050	umgesetzt
20	01.08.04	Gebäudemanagement/verschiedene Produkte	Energieeinsparung, z. T. über Einbindung von Nutzern; (GPA Gw - 26)	-96.459	nicht umgesetzt
21	01.08.04	Gebäudemanagement/verschiedene Produkte	Optimierung der Gebäudereinigung (GPA Gw - 32/35)	80.119	umgesetzt
22	01.08.04	Gebäudemanagement/verschiedene Produkte	Kündigung Contractingverträge	40.000	umgesetzt
23	01.08.04	Gebäudemanagement/verschiedene Produkte	Optimierung der Gebäudereinigung Personalaufwendungen	0	umgesetzt
24	02.03.01	Einwohnerangelegenheiten	Schließung Bürgerbüro Wengern: Personalaufwendungen geschätzt	3.000	umgesetzt
25	02.03.01	Einwohnerangelegenheiten	Schließung Bürgerbüro Wengern: Sachaufwendungen	1.810	umgesetzt
26	04.01.01	Kulturförderung	Reduktion der Kulturförderung	-37.255	umgesetzt
27	04.02.01	Kommunale Veranstaltungen	Neuorganisation Veranstaltungen	16.931	umgesetzt
28	04.03.01	Volkshochschule	Reduktion des Zuschussbedarfes (GPA Fi - 39/40)	0	nicht umgesetzt
29	04.03.02	Musikschule	Reduktion des Zuschussbedarfs (GPA Fi - 37)	6.013	nicht umgesetzt
30	04.03.03	Medien und Information	weitere Reduktion des Ansatzes für Bücher etc.	10.000	umgesetzt
31	04.03.03	Medien und Information	Reduzierung der Öffnungszeiten um 4 Wochenstunden; Einsparung Personalaufwand	0	tlw. umgesetzt
32	04.03.04	Archiv	weitere Reduktion des Ansatzes für Veröffentlichungen	1.000	umgesetzt
33	05.01.01	Unterstützung von Senioren	Reduktion Aufwendungen für Geselligkeit und Unterhaltung	1.000	umgesetzt
34	06.01.01	Tageseinrichtungen für Kinder	Reduzierung freiwillige Zuschüsse	80.000	umgesetzt
35	06.02.02	Kinder- und Jugendarbeit außerh. v. Einrichtungen	Reduktion der Aufwendungen für Veranstaltungen und Ferienmaßnahmen auf den Stand 2006	1.000	umgesetzt
36	06.02.03	Spielplätze	Bestand: 40 Spielplätze; Reduktion von Spielplätzen, Einsparung Unterhaltungsaufwand	-65.000	nicht umgesetzt

Umsetzung HSK 2018 - 2022

lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Maßnahme	2018	Bemerkungen
37	06.02.03	Spielplätze	Reduktion Neuanlage und Umgestaltung von Spielplätzen Abschreibungen ab 1.7., ND=10 J.	-17.898	nicht umgesetzt
38	08.02.01	Stadien/Sportplätze	Bestand: 7 Sportplätze; Schließung von zwei Plätzen, Einsparung Unterhaltung geschätzt	-31.000	tlw. umgesetzt
39	08.02.01	Stadien/Sportplätze	Einsparung Sportplatzpflege durch ehrenamtliches Engagement, geschätzt	0	nicht umgesetzt
40	08.03.02	Hallenbad	Reduktion der Öffnungszeiten; Einsparung Personalaufwendungen	21.270	umgesetzt
41	08.03.02	Hallenbad	Mehrerträge durch Innenwerbung	0	nicht umgesetzt
42	08.03.03	Lehrschwimmbekken	Schließung eines Lehrschwimmbekken; Einsparung Sach- und Dienstleistungen 50 % der lfd. Aufwendungen	50.000	tlw. umgesetzt: Maßnahme ja, Einsparungen < 50%
43	09.01.02	Verbindliche Bauleitplanung, Satzungen	Reduktion des Ansatzes für Aufwendungen Sach- und Dienstleistungen	7.500	umgesetzt
44	10.03.01	Wohnungsbauförderung	tlw. Verzicht auf Produkt, Einsparung Personalaufwendungen	5.890	umgesetzt
45	12.01.01	Straßen, Wege, Plätze einschließlich Verkehrsanlagen	Reduzierung Leistungsstandard bei der Straßenunterhaltung um ca. 100 € pro 1.000 m ² Verkehrsfläche (vgl. GPA In-13)	100.000	umgesetzt
46	12.03.01	Straßenreinigung	Reduzierung Straßenreinigung (Abbau von Standards) nach Vorlage eines Leistungsminderungskonzepts, zunächst Pauschalkürzung	0	nicht umgesetzt
47	13.01.01	Öffentliches Grün	Reduzierung Grünflächenpflege (Abbau von Standards) nach Vorlage Leistungsminderungs-konzepts, zunächst Pauschalkürzung	0	nicht umgesetzt
48	13.01.02	Natur und Landschaft	Teilweise Übertragung d. Pflege der Ausgleichs- maßnahmen auf private Grundstückseigentümer gegen Nutzung, z. B. als Spielfläche, ca. 20 % vom Ansatz	1.100	nicht umgesetzt
49	14.01.02	Besondere Dienstleistungen im Umweltmanagement, lokale Agenda	Redukt. Sachaufw. Umweltmarkt	150	umgesetzt
50	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Einführung Zweitwohnungssteuer	15.000	umgesetzt
51	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Anhebung Hebesatz Gewerbesteuer 2012: von 450 v.H. auf 485 v.H. 2014: auf 490 v.H. 2019: auf 500 v.H. 2021: auf 510 v.H.	1.248.980	umgesetzt

Umsetzung HSK 2018 - 2022

lfd. Nr.	Produkt	Bezeichnung	Maßnahme	2018	Bemerkungen
52	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Erhöhung Grundsteuer B 2012: von 435 v.H. auf 460 v.H.; 2014: auf 490 v.H.; 2016: auf 500 v.H.; 2017: auf 500 v.H.; 2018: auf 540 v.H.; 2019: auf 570 v.H.; 2020: auf 600 v.H.; 2021: auf 625 v.H.; 2022: auf 655 v.H.	1.073.689	umgesetzt
53	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Erhöhung Gewinnabführung Stadtbetrieb	1.008.370	umgesetzt
54	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Gewinnabführung Sparkasse	150.000	umgesetzt
55	16.01.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	Erhöhung Vergnügungssteuer auf 12 % der Bemessungsgrundlage (von 10 %), ab 7/2015 von 12% auf 15 % und ab 1.1.2017 auf 18%	56.000	umgesetzt
56	versch.	Flächenmanagement Gebäudebereich	Optimierung (GPA Bericht Gw 52/53)	116.663	umgesetzt
Summe				4.141.466	

Freiwillige Aufgaben

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2019	Saldo aus Investitionstätigkeit
01.03.01	Organisationsangelegenheiten	-72.059,00 €	0,00 €
01.03.02	Informations- u. Kommunikationstechnik	-648.707,00 €	-103.400,00 €
01.03.03	Sonstige Zentrale Dienste	-606.552,00 €	-49.800,00 €
01.04.01	Presse- u. Öffentlichkeitsarbeit, Städtepartnerschaften, Ehrenamt	-140.471,00 €	0,00 €
01.07.01	Rechtsangelegenheiten	-122.489,00 €	0,00 €
01.08.01	unbebaute Grundstücke	-65.546,00 €	631.500,00 €
01.08.03	Mehrzweckgebäude	-356.440,00 €	-2.800,00 €
04.01.01	Kulturförderung	-97.592,00 €	0,00 €
04.02.01	Kommunale Veranstaltungen	-3.000,00 €	0,00 €
04.03.02	Musikschule	-165.394,00 €	0,00 €
04.03.03	Medien und Information	-187.885,00 €	-100,00 €
04.03.05	Kreisarchiv	-23.581,00 €	-1.000,00 €
06.02.03	Spielplätze	-289.436,00 €	-492.443,00 €
07.01.01	Sucht- und Drogenhilfe	-48.941,00 €	0,00 €
08.01.01	Sportförderung	-13.260,00 €	0,00 €
08.02.01	Stadien/Sportplätze	-233.302,00 €	-78.000,00 €
08.02.02	Sportgebäude und Sportlerheime	-131.349,00 €	-40.000,00 €
08.03.01	Freibad	-125.786,00 €	-19.000,00 €
08.03.02	Hallenbad	-846.145,00 €	-236.206,00 €
14.01.02	Besondere Dienstleistungen im Umweltmanagement, lokale Agenda	-122.477,00 €	0,00 €
15.01.01	Wirtschaftsförderung	-206.505,00 €	-41.680,00 €
15.01.02	Kurzzeittourismus	-53.562,00 €	-4.500,00 €
15.01.03	Stadtmarketing	-121.020,00 €	0,00 €
	Summe	-4.681.499,00 €	-437.429,00 €

Pflichtaufgaben mit Gestaltungsspielraum

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2019	Saldo aus Investitions-tätigkeit
01.01.03	Verwaltungsführung	-304.619,00 €	0,00 €
01.01.04	Gleichstellung von Mann und Frau	-43.601,00 €	0,00 €
01.01.05	Beschäftigtenvertretung	-62.470,00 €	0,00 €
01.02.01	Rechnungsprüfung	-144.849,00 €	0,00 €
01.05.01	Personalmanagement	-2.654.962,00 €	0,00 €
01.06.02	Finanz- u. betriebswirtschaftliche Steuerung	-39.120,00 €	0,00 €
01.06.03	Vollstreckung	-115.672,00 €	-200,00 €
01.06.04	Kommunale Steuern und sonstige Abgaben	-157.074,00 €	0,00 €
01.08.02	Verwaltungsgebäude	-423.338,00 €	-712.500,00 €
01.08.04	Gebäudemanagement	-585.793,00 €	0,00 €
02.01.02	Verkehrsüberwachung	7.632,00 €	-10.000,00 €
02.02.02	Märkte und Veranstaltungen	-15.804,00 €	0,00 €
02.03.01	Einwohnerangelegenheiten	-384.982,00 €	0,00 €
03.01.01	Katholische Grundschule	-172.430,00 €	-31.750,00 €
03.01.02	Gemeinschaftsgrundschule Alt-Wetter	-257.240,00 €	-41.950,00 €
03.01.03	Gemeinschaftsgrundschule Grundschtötel	-416.880,00 €	-181.250,00 €
03.01.04	Gemeinschaftsgrundschule Volmarstein	-408.190,00 €	-29.550,00 €
03.01.05	Gemeinschaftsgrundschule Esborn	-599.995,00 €	-133.300,00 €
03.01.08	Hauptschule	0,00 €	0,00 €
03.01.09	Realschule	0,00 €	0,00 €
03.01.10	Gymnasium	-1.242.058,00 €	-98.600,00 €
03.01.11	Förderschule	-51.620,00 €	0,00 €
03.01.12	Turn- und Sporthallen	-883.354,00 €	-23.400,00 €
03.01.14	Sekundarschule	-683.439,00 €	-93.200,00 €
04.03.01	Volkshochschule	-75.000,00 €	0,00 €
04.03.04	Archiv	-99.758,00 €	-1.000,00 €
05.01.01	Unterstützung von Senioren	-27.346,00 €	-360,00 €
05.02.01	Hilfen bei Krankheit, Behinderung, Pflegebedürftigkeit	-131.443,00 €	0,00 €
05.03.05	Jobcenter EN	38.248,00 €	0,00 €
06.01.01	Tageseinrichtungen für Kinder	-2.901.621,00 €	0,00 €
06.01.02	Kindertagespflege	-419.668,00 €	0,00 €
06.02.01	Kinder- und Jugendarbeit in/durch Einrichtungen	-402.584,00 €	-5.500,00 €

Pflichtaufgaben mit Gestaltungsspielraum

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2019	Saldo aus Investitionstätigkeit
06.02.02	Kinder- u. Jugendarbeit (einschl. Kinder- u. Jugendschutz) außerh. von Einricht.	-247.737,00 €	-700,00 €
06.03.01	Familienunterstützende Maßnahmen	-1.559.053,00 €	-23.900,00 €
06.03.02	Familienergänzende Maßnahmen	-197.944,00 €	-2.000,00 €
06.03.03	Familienersetzende Maßnahmen	-1.509.443,00 €	0,00 €
06.03.04	Eingliederungshilfe f. seelisch behinderte Kinder u. Jugendl.	-1.247.570,00 €	0,00 €
08.03.03	Lehrschwimmbecken	-127.452,00 €	0,00 €
09.01.01	Vorbereitende und informelle Bauleitplanung	-50.552,00 €	0,00 €
09.01.02	Verbindliche Bauleitplanung, Satzungen	-205.883,00 €	0,00 €
09.01.03	Städtebauliche Entwicklung und Sanierung	-312.585,00 €	-842.000,00 €
10.02.01	Denkmalschutz- und pflege	-28.999,00 €	0,00 €
10.03.01	Wohnungsbauförderung	-22.638,00 €	664,00 €
10.05.01	Soziale Einrichtungen f. Wohnungslose, Aussiedler, Flüchtlinge	-378.236,00 €	1.191.400,00 €
11.02.01	Entwässerung	-10.061,00 €	0,00 €
12.01.01	Straßen, Wege, Plätze einschl. Verkehrsanlagen	-3.960.202,00 €	-1.312.157,00 €
12.01.02	Parkplätze u. -häuser	-759.532,00 €	0,00 €
12.02.01	ÖPNV	-37.899,00 €	-257.700,00 €
12.03.01	Straßenreinigung	-386.467,00 €	0,00 €
12.03.02	Winterdienst	-300.000,00 €	0,00 €
13.01.01	Öffentliches Grün	-970.182,00 €	-50.000,00 €
13.01.02	Natur und Landschaft	-37.043,00 €	0,00 €
13.01.03	Friedhöfe	-71.791,00 €	0,00 €
13.02.01	Wald, Forst- und Landwirtschaft	0,00 €	0,00 €
13.03.01	Wasser und Wasserbau	-103.186,00 €	-239.400,00 €
14.01.01	Umweltinformation und -koordination	-18.987,00 €	0,00 €
14.01.03	Schutz vor altlastenbedingten Gefahren	-50.070,00 €	0,00 €
	Summe	-26.252.542,00 €	-2.898.353,00 €

Pflichtaufgaben-nachrichtlich

Produkt	Bezeichnung	Ergebnis 2019	Saldo aus Investitions- tätigkeit
01.01.01	Rat, Ausschüsse u. sonst. Gremien	-319.809,00 €	-2.000,00 €
01.01.02	Fraktionen	-20.652,00 €	0,00 €
01.06.01	Haushaltsplanung, Haushaltsausführung u. Jahresabschl.	-736.793,00 €	-12.000,00 €
02.01.01	Allgemeine Sicherheit und Ordnung	-202.695,00 €	-400,00 €
02.02.01	Gewerbebetriebe	-14.576,00 €	-1.500,00 €
02.03.02	Personenstandswesen	-95.644,00 €	0,00 €
02.03.03	Wahlen	-23.410,00 €	0,00 €
02.04.01	Feuerschutz und Katastrophenabwehr	-1.016.343,00 €	-1.764.000,00 €
02.05.01	Rettungsdienst	110.544,00 €	-4.800,00 €
05.03.01	Hilfen zum Lebensunterhalt	-52.955,00 €	0,00 €
05.03.02	Grundsicherung im Alter u. bei Erwerbsminderung	-112.178,00 €	0,00 €
05.03.03	Sonstige Hilfen und Leistungen	-72.962,00 €	0,00 €
05.03.04	Hilfen n.d. Asylbewerberleistungsgesetz	84.685,00 €	0,00 €
05.03.06	Unterhaltsvorschuss	-169.341,00 €	0,00 €
07.01.02	Krankenhäuser	-453.000,00 €	0,00 €
09.01.04	Geoinformation	-19.593,00 €	0,00 €
10.01.01	Maßnahmen der Bauaufsicht	-173.200,00 €	0,00 €
10.04.01	Subjektbezogene Förderung für Wohnraum	-119.781,00 €	0,00 €
11.01.01	Versorgung	1.115.000,00 €	0,00 €
	Summe	-2.292.703,00 €	-1.784.700,00 €